

Stellungnahme des Stadtjugendring Hannover e.V. zur Militarisierung und zur Wehrpflichtdebatte

Als Stadtjugendring Hannover e.V. sehen wir es als unsere Aufgabe, die Interessen junger Menschen ernsthaft zu vertreten und ihre Perspektiven in politische Diskussionen einzubringen. Dies entspricht ausdrücklich unserem gesetzlichen Auftrag als Zusammenschluss der Jugendverbände (§ 12 SGB VIII). Dabei positionieren wir uns klar: antirassistisch, solidarisch und antimilitaristisch.

Militarisierung statt Bildung und Jugendförderung?

In Hannover erleben wir seit Jahren eine massive Unterfinanzierung der Kinder- und Jugendarbeit und damit fehlende Räume für die Entwicklung junger Menschen.

Wir erleben tagtäglich, wie in Schulen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Ausbildungsstätten an allen Ecken Mittel fehlen: marode Gebäude, zu wenig Lehrkräfte, zu wenig Räume für kulturelle und außerschulische Bildung. Der letzte Jugendbericht sowie Studien wie die Sinus- und Shell-Studien haben gezeigt, dass Jugendliche von wachsendem Leistungsdruck, fehlender sozialer Unterstützung, Perspektivlosigkeit und Angst vor dem Ausbruch eines Krieges berichten. Gleichzeitig steckt die Bundesregierung Milliarden in Aufrüstung und Militär, während für Jugendhilfe, Bildung und Prävention angeblich „kein Geld da“ ist. Das ist eine gefährliche und falsche Prioritätensetzung. Das widerspricht dem Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung (§ 1 Abs. 3 SGB VIII).

Gleichzeitig wird von jungen Menschen immer mehr gefordert: Sie sollen flexibel, leistungsbereit und anpassungsfähig sein. In öffentlichen Debatten wird jedoch oft über sie gesprochen, als seien sie „faul“ oder „unmotiviert“. Die Realität zeigt das Gegenteil: Noch nie hat eine Generation so viel gearbeitet, sei es in Ausbildung, Studium oder Nebenjobs. Die Bedürfnisse und Rechte von Jugendlichen werden jedoch ignoriert und das zeigt sich besonders hart, wenn junge Menschen rassistisch stigmatisiert, oder abgeschoben werden. Anstatt die Missstände ernsthaft zu beheben, erleben wir, wie migrantische Jugendliche immer wieder zu Sündenböcken gemacht werden. Forderungen nach Quoten, Vorurteilen über „gewalttätige Migranten“ oder die Normalisierung von Abschiebungen von Mitschüler*innen sind Ausdruck einer Politik, die bewusst spaltet.

Doch die Jugendhilfe soll dem Gesetz nach, Benachteiligungen abbauen und gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen schaffen (§ 9 Abs. 2 SGB VIII). Junge Menschen haben ein Recht auf Förderung ihrer Entwicklung, unabhängig von Herkunft oder

Aufenthaltsstatus (§ 1 Abs. 1 SGB VIII). Abschiebungen zerstören Lebenswege und verletzen Grundrechte.

Die Antwort auf Perspektivlosigkeit darf nicht darin bestehen, junge Menschen mit dem Versprechen eines Führerscheins oder eines Studienplatzes bei der Bundeswehr zu ködern. Stattdessen braucht es Investitionen in eine starke Zivilgesellschaft und Sicherheit nach innen, durch Bildung, soziale Absicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch Aufrüstung und militärische Logik.

Bundeswehr in Schulen und Jugendeinrichtungen

Besonders problematisch sehen wir, dass die Bundeswehr ihre Präsenz an Schulen und Jobmessen verstärkt. Sie tritt dort als vermeintlich attraktiver Arbeitgeber auf, blendet aber die Realität aus: Krieg bedeutet Tod, Zerstörung und Traumata – und keine „Karrierechance“.

Schulen müssen Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung sein. Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen (§ 11 Abs. 1 SGB VIII). Eine militarisierte „Berufsorientierung“ steht im Widerspruch zu diesem Auftrag.

Die Gefahren sind real, denn das neue Wehrdienstgesetz wurde bereits im Bundeskabinett beschlossen. Uns wird das Ganze als Chance für gesellschaftlichen Zusammenhalt verkauft oder als Frage, was wir für die Sicherheit unseres Landes leisten können. De facto geht es aber darum, junge Menschen für den Kriegsdienst verfügbar zu machen. Die Rede von „Freiwilligkeit“ und „Sicherheit“ ist hier trügerisch: Wenn Perspektivlosigkeit und prekäre Jobs junge Menschen faktisch in die Armee treiben, ist das keine freie Entscheidung. Der gesetzliche Auftrag der Jugendarbeit ist es hingegen, jungen Menschen Chancen zu eröffnen und sie in ihrer Entwicklung zu fördern (§ 1 & § 11 SGB VIII).

Unsere Forderungen

- Investitionen in Jugend, Bildung, soziale Sicherheit und Prävention statt in Aufrüstung!
- Gleiche Chancen und solidarisches Miteinander statt rassistischer Spaltung!
- Keine Militarisierung in Schulen und Jugendeinrichtungen, für ein Werbeverbot der Bundeswehr!
- Keine Rückkehr der Wehrpflicht, weder offen noch „versteckt“!

Diese Forderungen wollen wir nicht über die Köpfe junger Menschen hinweg erheben. Deshalb fordern wir die Initiierung einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte über



Wehrpflicht, Frieden und Sicherheit, in der junge Menschen als gleichberechtigte Akteur*innen ernst genommen und gehört werden.

Wir verstehen uns als ein Jugendring, der in dieser Zeit nicht schweigen darf. Die Gefahren der Militarisierung sind real und deshalb braucht es eine klare und vor allem gemeinsame Haltung. Die Zukunft unserer Jugend darf nicht dem Militär geopfert werden. Als Jugendverbände in Hannover setzen wir uns für eine friedliche, gerechte und solidarische Gesellschaft ein. Deshalb sagen wir klar: Wir sind gegen die Wehrpflicht und für das Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen, Jobmessen etc.!

Gemäß dem Beschluss vom Hauptausschuss des Stadtjugendring Hannover e.V. am 07.10.2025.